
ALLGEMEINE VERTRAGSBESTIMMUNGEN AVB

Anlage zu den Verträgen über Beratungsleistungen

- | | | |
|---|----|---|
| § | 1 | Allgemeine Pflichten des AN |
| § | 2 | Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten |
| § | 3 | Vertretung der AG durch den AN |
| § | 4 | Auskunftspflicht des AN |
| § | 5 | Herausgabeanspruch der AG |
| § | 6 | Urheberrecht |
| § | 7 | Zahlungen |
| § | 8 | Abtretung |
| § | 9 | Abnahme |
| § | 10 | Kündigung |
| § | 11 | Haftung und Verjährung von Mängel- und Schadenersatzansprüchen |
| § | 12 | Haftplichtversicherung |
| § | 13 | Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand |
| § | 14 | Arbeitsgemeinschaft |
| § | 15 | Werkvertragsrecht |
| § | 16 | Schriftform |
| § | 17 | Sonderregelung zur Corona-Pandemie/Ukraine-Krieg/Iran-Krise |
| § | 18 | Compliance |

§ 1

Allgemeine Pflichten des AN

- (1) Die Leistungen müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik und Baukunst, den DIN-Normen sowie sonstigen technischen Bestimmungen (u. a. in den Bereichen Arbeitsschutz, Brandschutz, Schallschutz), dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen sowie den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen.
- (2) Der AN ist ferner verpflichtet, sich an dem Dokumentations- und Projektkommunikationssystem des AG nach Vorgaben des AG umfassend zu beteiligen, sämtliche relevanten Informationen und Unterlagen einzustellen und diese fortlaufend zu aktualisieren. Die Betreuung des Dokumentations- und Projektkommunikationssystems im Übrigen obliegt dem AG oder von ihm beauftragten Dritten.
- (3) Der Auftragnehmer (AN) hat insbesondere zu beachten
 - die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – VOB;
 - die Unterschwellenvergabeordnung – UVgO;
 - das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen – GWB;
 - die Vergabeverordnung – VgV.
- (4) Der AN hat die Interessen seiner AG umfassend zu schützen und ihn in allen vertragsrelevanten Aspekten zu beraten und zu unterstützen. Insbesondere darf der AN keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten. Er hat gemäß seinem Berufs- und Standesrecht ihm übertragene Vermögenspflichten ausschließlich für die AG wahrzunehmen.
- (5) Weder der AN noch eine der in § 6 Vergabeordnung (VgV) genannten Personen dürfen in einem von ihm vertragsgemäß betreuten Vergabeverfahren für eine Bewerberin bzw. einen Bewerber oder Bieterin bzw. Bieter tätig sein. Dies gilt für alle Vergabeverfahren oberhalb und unterhalb der von der EU gemäß § 106 GWB festgelegten Schwellenwerte für EU-Vergabeverfahren.
- (6) Der AN hat seiner Leistung die schriftlichen Anordnungen und Anregungen der AG zugrunde zu legen und seine Bedenken hiergegen der AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen; er hat seine vereinbarten Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit der AG und den anderen fachlich oder anderweitig Beteiligten (vgl. § 2) abzustimmen.

Der AN hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob seiner Leistungserbringung öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken entgegenstehen.

Die Haftung des AN für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch Anerkennung oder Zustimmung der AG nicht eingeschränkt. Dies gilt nicht bei einem vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Verhalten der AG.

- (7) Notwendige Überarbeitungen der Unterlagen bei unverändertem Programm und bei nur unwesentlichen veränderten Forderungen begründen keinen Anspruch auf zusätzliches Honorar. Nicht vereinbarte Leistungen, die die AG zur Fertigstellung des Werkes des AN und zur Fertigstellung der Gesamtmaßnahme (soweit diese in den Leistungsbereich des AN fallen oder vom AN erbracht werden können) fordert, hat der AN mit zu übernehmen; die Vergütung hierfür hat der AN vor Leistungsbeginn mit der AG zu vereinbaren. Das Gleiche gilt für Änderungen der vereinbarten Leistung.
- (8) Wenn von der AG vor Leistungserbringung eine Kostenobergrenze mitgeteilt wurde, hat der AN diese unter Einschluss aller ihm zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu beachten.
- (9) Wird erkennbar, dass die von der AG anerkannten Kosten und die vereinbarten Termine bei der Verfolgung der bisherigen Planung/Konzepte oder nach dem Ergebnis der Ausschreibung einer Leistung nicht eingehalten werden, hat er den AG unverzüglich unter Darlegung der aus seiner Sicht möglichen Handlungsvarianten und deren Auswirkungen auf Kosten, Termine und Wirtschaftlichkeit des Objekts zu unterrichten.
- (10) Der AN hat die ihm übertragenen Leistungen selbst zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der AG ist eine Unterbeauftragung zulässig.

§ 2

Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten

- (1) Dem AN gegenüber ist nur die AG weisungsbefugt.
- (2) Der AN ist verpflichtet, den anderen fachlich Beteiligten die notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können. Notwendigenfalls hat der AN zu diesem Zwecke bei den anderen fachlich Beteiligten nachzufragen, wann bestimmte Angaben und Unterlagen vorliegen sollen.
- (3) Wenn während der Ausführungen der Leistungen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem AN und anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat der AN unverzüglich schriftlich die Entscheidung der AG herbeizuführen.
- (4) Streitfälle berechtigen die Vertragsparteien nicht, ihre Mitwirkung an der Vertragserfüllung einzustellen. Insbesondere ist der AN nicht zur Einstellung seiner Arbeiten oder zur Zurückbehaltung von Leistungen und Unterlagen berechtigt. Etwas anderes gilt nur, wenn dem AN aufgrund vertraglicher oder gesetzlicher Vorschriften ein Zurückbehaltungsrecht zusteht. Vor einer Geltendmachung des Zurückbehaltungsrechts ist der AG innerhalb angemessener Frist die Gelegenheit zur Nacherfüllung schriftlich einzuräumen.

- (5) Macht der AN von einem Leistungsverweigerungs- bzw. Zurückbehaltungsrecht Gebrauch oder beabsichtigt er eine außerordentliche Kündigung des Vertrages wegen vermeintlichem Zahlungsverzug der AG, ist die AG berechtigt, das Leistungsverweigerungs- oder Zurückbehaltungsrecht und das Recht zur Kündigung durch Sicherheitsleistung gemäß § 232 BGB in Höhe des umstrittenen Zahlungsanspruches oder dem Interesse des AN entsprechenden Betrages abzuwenden. Die Sicherheit kann auch durch Bürgschaft erbracht werden, ohne dass die Einschränkung gemäß § 232 Abs. 2 BGB gilt. Die Kosten der Sicherheit sind vom AN zu tragen, wenn sich die Ausübung des Leistungsverweigerungs- oder Zurückbehaltungsrechtes oder als unberechtigt erweist.

§ 3

Vertretung der AG durch den AN

- (1) Der AN ist zur Wahrung der Rechte und Interessen der AG im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet. Er hat die AG im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen Dritte beauftragte Unternehmen ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt der AG.
- (2) Die AG bindende Erklärungen, insbesondere solche mit finanziellen Verpflichtungen darf der AN nicht abgeben. Das Vorstehende gilt nicht in Fällen, in denen eine unmittelbare Gefahr für Personen oder Sachen droht (Notgeschäftsführung). Der AN hat die AG unverzüglich mit einer schriftlichen Begründung über eine ausgeübte Notgeschäftsführung zu informieren.
- (3) Der AN darf unbeschadet § 2 Abs. 3 Dritten ohne Einwilligung der AG keine Unterlagen aushändigen und keine Auskünfte geben, die sich auf die Vorhaben beziehen.

§ 4

Auskunftspflicht des AN

Der AN hat der AG auf Anforderung über seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung sowohl mündlich als auch schriftlich Auskunft zu erteilen, bis das Rechnungsprüfungsverfahren für die Baumaßnahme für abgeschlossen erklärt ist.

§ 5

Herausgabeanspruch der AG

- (1) Die von dem AN zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten Unterlagen – Pläne oder Zeichnungen als Dateien im pdf, .dwg- bzw. .dxf-Format neben der Bereitstellung auf dem PKMS auch auf CD an die AG spätestens zum Zeitpunkt der Abnahme gem. § 9 unaufgefordert, übersichtlich, vollständig und im Original sowie als native Dateiformate mit vollständiger Daten- und Ebenentiefe ohne Qualitätsverluste her-

auszugeben. Dies gilt auch für die etwaig im Rahmen einer Machbarkeitsstudie erstellten Unterlagen. Die Unterlagen werden Eigentum der AG. Es verbleiben lediglich die Unterlagen beim AN, die er zwingend für den Abschluss der vertraglich geschuldeten Leistung benötigt. Nach Beendigung des Vertrags sind der AG darüber hinaus auch alle weiteren Unterlagen zu übergeben, die für die Fortsetzung des Bauvorhabens bzw. die Bewirtschaftung des Objekts erforderlich sind.

- (2) Die dem AN überlassenen Unterlagen sind der AG spätestens nach Erfüllung seines Auftrages zurückzugeben. Endet der Vertrag vorzeitig, ist der AN verpflichtet, diejenigen Unterlagen, die zur verzugslosen und reibungslosen Fortführung der Bauaufgabe notwendig sind, unverzüglich an die AG herauszugeben. Auf ein Zurückbehaltungsrecht an diesen Unterlagen kann sich der AN in keinem Fall berufen.
- (3) Der AN darf Dritten, mit Ausnahme der fachlich Beteiligten, ohne Einwilligung der AG keine Pläne oder Unterlagen aushändigen und keine Auskünfte erteilen, die Planungs- und Baumaßnahmen betreffen.
- (4) Soweit Unterlagen nicht an die AG herauszugeben sind, ist der AN berechtigt, diese Unterlagen nach zwanzig Jahren nach vollständiger Leistungserbringung zu vernichten. Zuvor hat er jedoch dem AG die Übergabe dieser Unterlagen schriftlich anzubieten und ihn über die beabsichtigte Vernichtung der Unterlagen schriftlich zu benachrichtigen.

§ 6 **Urheberrecht**

- (1) Soweit die von dem AN gefertigten Unterlagen und das ausgeführte Werk ganz oder in Teilen urheberrechtlich geschützt sind, bestimmen sich die Rechte der AG auf Nutzung, Änderung und Veröffentlichung dieser Werke nach den nachfolgenden Regelungen.

Als Werke der Baukunst im Sinne des Urheberrechtsgesetzes sind solche Unterlagen und Bauwerke anzusehen, die eine persönliche, geistige Schöpfung der bzw. des AN darstellen und einen so hohen Grad an individueller, ästhetischer Gestaltungskraft aufweisen, dass sie aus der Masse des alltäglichen Bauschaffens herausragen.

- (2) Der AN garantiert der AG, dass seine nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen frei von Rechten Dritter sind und stellt die AG von möglichen Ansprüchen Dritter wegen der Verletzung von Urheber- und Leistungsschutzrechten oder sonstigen Rechten frei.

Der AN stellt sicher, dass etwaige Urheberrechte Dritter durch die Umsetzung des Bauvorhabens nicht verletzt werden. Kommt es dennoch zu einer solchen Verletzung, haftet der AN hierfür gegenüber der AG. Der AN ist insbesondere verpflichtet, den AG von etwaigen aus Urheberrechtsverletzungen resultierenden Ansprüchen Dritter freizustellen. Die Haftung scheidet aus, wenn er die Verletzung des Urheberrechts des Dritten nicht zu vertreten hat.

- (3) Der AN überlässt seine Leistung der AG räumlich, zeitlich und inhaltlich zur Nutzung ab dem Zeitpunkt ihrer Erstellung im nachstehend und im Hauptvertrag geregelten Umfang. Die AG ist berechtigt, das Bauwerk sowie die Unterlagen und Leistungen des AN nach seiner Fertigstellung ohne Mitwirkung des AN zu ändern, insbesondere zu modernisieren und/oder in sonstiger Weise den aktuellen Erfordernissen anzupassen, wenn nach einer Interessenabwägung die Belange des Urhebers an seiner etwaig urheberrechtlich geschützten Planung und/oder Konzepte hinter den gleichfalls schutzwürdigen Interessen der AG zurücktreten und eine Entstellung des Werkes oder eine andere Beeinträchtigung im Sinne von § 14 UrhG durch diese Maßnahme nicht zu besorgen ist. Die AG wird den AN vor wesentlichen Änderungen eines nach dem Urheberrecht geschützten Werkes anhören.
- (4) Müssen am ausgeführten Werk Mängel, die insbesondere eine Gefahr für die Sicherheit darstellen oder die zu einer wesentlichen Beeinträchtigung der vertragsgemäßen Nutzung führen und die nicht ohne eine Änderung des ursprünglichen Werkes behoben werden können, beseitigt werden, kann die AG das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung des AN ändern, soweit das Schutzinteresse des AN hinter das Interesse der AG auf eine mangelfreie Werksausführung tritt. Soweit möglich, wird die AG den AN vor der Ausführung anhören und dessen Auffassung bei seiner Entscheidung nach Möglichkeit berücksichtigen.
- (5) Gegen fachliche Weisungen der AG kann der AN nicht einwenden, dass die von ihm im Rahmen des Auftrags erstellten Pläne und Unterlagen seinem Urheberrecht unterliegen.
- (6) Die AG hat das Recht zur Veröffentlichung, zur Verbreitung, zur öffentlichen Wiedergabe, öffentlich zugänglich zu machen, zu senden und zur Vervielfältigung – jeweils unter Namensangabe des AN. Das Veröffentlichungsrecht des AN unterliegt der vorherigen schriftlichen Zustimmung der AG, wenn Geheimhaltungs- bzw. Sicherheitsinteressen oder sonstige wichtige Belange der AG berührt werden.
- (7) Der AG ist berechtigt, die Nutzungsrechte ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen, von Dritten ausüben und ausführen zu lassen sowie Dritten hieran weitere Nutzungsrechte einzuräumen.
- (8) Die Planungs- und Kostendaten der Baumaßnahme dürfen von dem AN nicht an Dritte weitergegeben werden.
- (9) Mit der vertraglichen Vergütung sind sämtliche Ansprüche des AN im Zusammenhang mit der Übertragung der Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechte an für das Bauvorhaben erstellten Unterlagen und erbrachten Leistungen abgegolten.
- (10) Genießen die Leistungen des AN keinen Urheberschutz, so kann der AG die Planung und/oder Konzepte des AN für die im Vertrag genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung des AN nutzen und ändern. Dasselbe gilt auch für ausgeführte Werke. Im Falle eines Nachbaus gilt Abs. 10.

§ 7 **Zahlungen**

- (1) Auf Anforderung des AN werden Abschlagszahlungen für die nachgewiesenen, vertragsgemäß erbrachten und prüfbar abgerechneten Leistungen einschließlich Umsatzsteuer gewährt. Der AN hat seine Leistungen prüfbar abzurechnen. Er hat die Rechnungen kumulativ sowie fortlaufend nummeriert aufzustellen. Die Rechnungen sind übersichtlich aufzustellen, sodass eine rasche und sichere Beurteilung der Leistungen ermöglicht wird; insbesondere hat der AN darzustellen, welche (Teil-) Leistungen abgerechnet werden und innerhalb welches Zeitraums diese erbracht wurden. Die Rechnung muss im Briefkopf die Rechnungsanschrift der AG sowie die Auftragsnummer enthalten.

Die Originalrechnung incl. Anlagen ist ausschließlich digital an folgende Rechnungsadresse zu senden.

rechnungen@hbg-hannover.de

- (2) Nach vertragsgemäßer Erfüllung der beauftragten Leistungen hat der AN Anspruch auf eine entsprechende Schlusszahlung nach vorheriger Abnahme. Der Betrag ist spätestens 30 Tage nach Zugang einer prüffähigen Schlussrechnung bei der AG zu zahlen. Die Vorschrift des § 641 Abs. 3 BGB bleibt unberührt.
- (3) Der Anspruch auf die Schlusszahlung wird alsbald nach Prüfung und Feststellung der von der bzw. dem AN vorgelegten prüfbaren Honorarschlussrechnung fällig, spätestens jedoch innerhalb von 30 Tagen nach Zugang. Eine prüffähige Rechnung muss diejenigen Angaben enthalten, die nach dem geschlossenen Vertrag sowie den einschlägigen Vorschriften (insb. Vorschriften des BGB (§ 650g Abs. 4 BGB)) objektiv unverzichtbar sind, um die sachliche und rechnerische Überprüfung des Honorars zu ermöglichen. Fälligkeitsvoraussetzung ist u.a., dass der AN der jeweiligen Schlussrechnung sämtliche Nachweise und Unterlagen beifügt, für die eine Zahlung beansprucht wird. Werden Einwendungen gegen die Prüfbarkeit unter Angabe der Gründe hierfür nicht innerhalb von 30 Tagen nach Zugang der Schlussrechnung erhoben, so kann die AG sich nicht mehr auf fehlende Prüfbarkeit berufen. Die Prüfung der Schlussrechnung ist nach Möglichkeit zu beschleunigen. In dem Fall, dass die Rechnung nur in Teilen prüffähig ist, kann der AN die Auszahlung eines Guthabens verlangen, das unter Berücksichtigung eventueller Voraus- und Abschlagszahlungen bereits feststeht. Alle Rechnungen (einschließlich Nachweise für Nebenkosten) sind im Original digital einzureichen.
- (4) Die Umsatzsteuer ist in den Rechnungen gesondert auszuweisen. Sie ist in Abschlagszahlungen mit dem zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer und in Teilschluss- und Schlussrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung geltenden Steuersatz anzusetzen; bei Überschreiten von Vertragsfristen, die der AN zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.
- (5) Wird nach Annahme der Schlusszahlung (Teilschlusszahlung) festgestellt, dass das Honorar abweichend vom Vertrag oder aufgrund unzutreffender anrechenbarer

Kosten ermittelt wurde, so ist die Abrechnung zu berichtigen. Soweit Honorare aufgrund der Kostenfeststellung zu berechnen sind, ist die Abrechnung ferner zu berichtigen, wenn sich infolge der Überprüfung der Abrechnung der Baumaßnahme Änderungen der für die Berechnung des Honorars maßgebenden anrechenbaren Kosten ergeben. AG und AN sind verpflichtet, die sich danach ergebenden Beträge zu erstatten. Sie können sich nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen. Das Berichtigen der Abrechnung ist keine Nachforderung.

- (6) Im Falle einer Überzahlung hat der AN den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb einer Frist von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von neun Prozentpunkten über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen. Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der AN nicht berufen.
- (7) Die Verjährung der Honorarforderung beginnt grundsätzlich mit der Erteilung einer prüffähigen Schlussrechnung. Die Verjährung einer auf eine nicht prüffähige Honorarschlussrechnung gestützten Forderung beginnt spätestens, wenn die Frist von 30 Tagen abgelaufen ist, ohne dass die AG substantiierte Einwendungen gegen die Prüffähigkeit vorgebracht hat. Ist die Rechnung nur teilweise prüffähig, beginnt die Verjährung der Honorarschlussrechnung grundsätzlich erst mit der Erstellung einer insgesamt prüffähigen Schlussrechnung.

§ 8

Abtretung

Forderungen des AN gegen die AG können ohne Zustimmung der AG nur abgetreten werden, wenn sich die Abtretung auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt. Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung der AG gegen sie wirksam. §§ 398 ff. BGB, 354a HGB bleiben unberührt.

§ 9

Abnahme

- (1) Die AG hat die vom AN erbrachten Leistungen als Ganzes förmlich in einem Abnahmeprotokoll abzunehmen, sofern die Leistungen vollständig, vertragsgerecht und mängelfrei erbracht und die vereinbarten Vertragsziele erreicht worden sind und der AN die Fertigstellung schriftlich angezeigt hat.
- (2) Einzelne Beauftragungsstufen (sofern ein Stufenvertrag abgeschlossen wird), einzelne Leistungsphasen oder Teilleistungen werden – vorbehaltlich einer anders lautenden, schriftlichen Vereinbarung zwischen den Parteien – nicht rechtsgeschäftlich abgenommen, es sei denn der Vertrag wird wegen nicht beabsichtigter Folgebeauftragung beendet und die Leistungen des AN sind insgesamt fertiggestellt oder – für den Fall der Beauftragung von Leistungen der Objektüberwachung/Baubetreuung – die Leistung des letzten bauausführenden Unternehmens wurde abgenommen.
- (3) Die Abnahmewirkungen treten ein, wenn das Abnahmeprotokoll von beiden Parteien unterzeichnet worden ist.
- (4) Die Erfüllung von geschuldeten Teilerfolgen bewirkt keine Teilabnahme und hat keine Abnahmewirkungen.

§ 10 **Kündigung**

- (1) Der Vertrag kann von der AG jederzeit durch freie Kündigung beendet werden (§ 648 BGB). Einer Kündigungsfrist bedarf es nicht.
- (2) Darüber hinaus sind beide Vertragsparteien zu jeder Zeit dazu berechtigt, das Vertragsverhältnis aus wichtigem Grund zu kündigen. Ein wichtiger Grund zugunsten der AG liegt u. a. vor, wenn das Vorhaben nicht durchgeführt oder nicht weitergeführt wird oder der AN Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt hat oder der AN trotz Abmahnung wiederholt und/oder dauerhaft gegen wichtige Vertragspflichten verstößt und dem anderen Teil ein Schaden hieraus entsteht oder zu entstehen droht oder die Leistungsfähigkeit des AN aus anderen Gründen so beeinträchtigt ist, dass ein Vertrauen der AG in die weitere vertragsgerechte Erfüllung nicht mehr besteht und ihn die AG schriftlich unter Benennung der zu beanstandeten Umstände unter Fristsetzung angemahnt hat und die Frist fruchtlos verstrichen ist.
- (3) Der AN kann den Vertrag nur aus wichtigem Grund kündigen. Ein solcher Grund liegt insbesondere vor, wenn das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien auf Grund nach Vertragsschluss eingetretener und von der AG zu vertretender Umstände erheblich und nachhaltig gestört ist oder wenn die AG eine ihr obliegende wesentliche Mitwirkung trotz Fristsetzungen und Nachfristsetzungen unterlässt und dadurch den AN wesentlich behindert, seine Leistungen vertragsgerecht auszuführen oder wenn die AG mit einer fälligen Zahlung in Verzug gerät und trotz schriftlicher Mahnungen ausstehende Zahlungen nicht leistet. Bei Streit über die Berechtigung der Höhe eines fälligen Zahlungsanspruchs ist eine Kündigung ausgeschlossen, wenn die AG berechtigte Gründe für einen Einbehalt darlegt und den nach ihrer Auffassung berechtigten Vergütungsanteil bezahlt. Für den Fall, dass § 650r BGB einschlägig und im Hauptvertrag nicht wirksam abbedungen ist, bleibt dieser unberührt.
- (4) In allen Fällen einer Kündigung aus wichtigem Grund bedarf es vor Ausspruch einer entsprechenden Kündigung einer vorherigen angemessenen Nachfristsetzung mit gleichzeitiger Kündigungsandrohung. Bei der Kündigung aus wichtigem Grund sind die maßgeblichen Umstände und der wichtige Grund im Kündigungsschreiben näher darzulegen und zu erläutern. Versäumt die kündigende Partei dies, ist der jeweilige andere Vertragspartner berechtigt, eine angemessene Frist zur Begründung der Kündigung zu setzen. Im Falle des fruchtlosen Fristablaufs ist die Kündigung unwirksam.
- (5) Dem AN steht bei einer freien Kündigung der AG oder bei einer Kündigung des Vertrages durch den AN aus einem wichtigen Grund, den die AG zu vertreten hat, die vereinbarte Vergütung für die erbrachten und daneben für die beauftragten, jedoch wegen der Kündigung nicht mehr erbrachten Leistungen zu (im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund als Schadensersatz). Der AN muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart hat oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt. § 648 S. 2 BGB gilt insoweit.

- (6) In allen anderen Fällen einer Kündigung, also wenn der Vertrag von der AG aus einem Grund gekündigt, den der AN zu vertreten hat, oder wenn die AG aus einem wichtigen Grund kündigt, oder wenn der AN aus einem wichtigen Grund kündigt, den die AG nicht zu vertreten hat, sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, in sich abgeschlossenen und vom AN nachgewiesenen Leistungen zu vergüten und die für diese nachweisbar entstandenen notwendigen Nebenkosten zu erstatten. Im Falle einer Kündigung der AG aus einem Grund, den der AN zu vertreten hat, besteht dieser Anspruch nur dann, wenn die erbrachten Leistungen für die AG auch tatsächlich verwertet sind.
- (7) Schadensersatzansprüche der AG bleiben unberührt, sofern der AN die Kündigung zu vertreten hat. Die AG ist in diesem Fall insbesondere berechtigt, die infolge der Kündigung entstehenden Mehrkosten, vor allem aus der Beauftragung eines Dritten oder solche, die infolge eines Leistungsverzugs des AN entstehen oder entstanden sind, vom AN ersetzt zu verlangen.
- (8) Im Falle einer Kündigung oder sonstigen Beendigung des Vertragsverhältnisses hat der AN seiner Arbeiten so abzuschließen und die Leistungsergebnisse zusammenzustellen und zu dokumentieren, dass ohne unangemessene Schwierigkeiten eine Übernahme der Leistungen und die Weiterführung der Leistungen und des Bauvorhabens durch einen etwaigen Dritten möglich ist.
- (9) Der AN hat der AG den vollständigen Leistungsstand innerhalb von 20 Kalendertagen nach Zugang der Kündigung durch Vorlage aller bereits erbrachten Leistungen bei der AG nachzuweisen. Im Übrigen haben beide Parteien die Abwicklung des Vertrages nach Möglichkeit zu fördern, insbesondere dem Interesse einer Partei an einer etwaigen erforderlichen Beweissicherung Rechnung zu tragen und die nötigen Auskünfte zu erteilen.
- (10) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 11

Haftung und Verjährung von Mängel- und Schadenersatzansprüchen

- (1) Mängel- und Schadensersatzansprüche der AG sowie der Gefahrübergang richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit im Rahmen dieser AVB oder im Vertrag nichts anderes vereinbart ist.
- (2) Im Falle seiner Inanspruchnahme kann der AN verlangen, dass er an der Beseitigung des Schadens beteiligt wird.
- (3) Die Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen verjähren nach fünf Jahren. Die Verjährung beginnt mit der Abnahme gemäß § 9.

§ 12

Haftpflichtversicherung

- (1) Der AN muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachweisen. Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht und über die Dauer des Vertrages und der nachlaufenden Mängelhaftungszeit aufrecht erhalten bleibt. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das zweifache der Versicherungssumme beträgt. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.
- (2) Der AN hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen der AG. Die AG kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.
- (3) Der AN ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Er ist in diesem Fall verpflichtet, unverzüglich durch Abschluss eines neuen Versicherungsvertrages Deckung in der vereinbarten Höhe für die gesamte Vertragszeit nachzuholen, zu gewährleisten und nachzuweisen.
- (4) Die vorstehenden Regelungen gelten nicht, wenn die AG eine Projektversicherung abgeschlossen hat, die eine Berufshaftpflichtversicherung des AN umfasst.

§ 13

Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand

- (1) Erfüllungsort für die Leistungen der bzw. des AN ist die Baustelle, soweit diese Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz der AG.
- (2) Bei Streitigkeiten aus dem Vertrag soll der AN zunächst die der auftraggebenden Stelle unmittelbar vorgesetzte Stelle anrufen. Streitigkeiten berechtigen den AN nicht, die Arbeiten einzustellen.
- (3) Wurde für die Vertragsleistung ein Schiedsgerichtsvertrag vereinbart und von AN und AG unterschrieben, wird nach den dort getroffenen Festlegungen bei Streitigkeiten verfahren.
- (4) Soweit die Voraussetzungen gemäß § 38 der Zivilprozessordnung (ZPO) vorliegen, richtet sich der Gerichtsstand für Streitigkeiten nach dem Sitz der für die Prozessvertretung der AG zuständigen Stelle.

§ 14

Arbeitsgemeinschaft

- (1) Sofern eine Arbeitsgemeinschaft AN ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, im Vertrag genannte Mitglied, die Federführung. Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der AG gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber der AG unwirksam.
- (2) Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.
- (3) Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für die AG ausschließlich an den im Vertrag genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

§ 15

Werkvertragsrecht

Die Bestimmungen über den Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB) finden ergänzend Anwendung.

§ 16

Schriftform

Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Änderungen dieser Schriftformklausel bedürfen ebenfalls der Schriftform.

§ 17

Sonderregelung zur Corona-Pandemie/Ukraine-Krieg/Iran-Krise

- (1) Wenn Ereignisse eintreten, die bei Abschluss des Vertrages für die AG oder AN unvorhersehbar waren, unvermeidbar sind und außerhalb des Einflussbereiches der betroffenen Partei liegen, unabhängig von ihrem Willen eingetreten sind und auch nicht von ihr zu vertreten sind, wird die Vertragserfüllungspflicht, wenn sie vor Ort erfolgen muss, bis zum Wegfall der Umstände verschoben.
- (2) Die COVID-19 Pandemie, der Ukraine-Krieg sowie der Iran-Konflikt sind für sich genommen und auch hinsichtlich vielerlei Folgen (u. a. „Hygieneregeln“, „Lockdown“, „Reisebeschränkungen“, „Beeinträchtigung von Lieferketten (insbesondere durch Einschränkungen in der Passierbarkeit der sog. Straße von Hormus“ oder „Preissteigerungen“) mittlerweile allgemein bekannt, mithin insbesondere nicht unvorhersehbar, und somit grundsätzlich nicht als höhere Gewalt einzustufen. Dies gilt jedoch nicht, wenn es nach Vertragsschluss (erneut) zu einschneidenden Maßnahmen (u. a. „Lockdown“, Reisebeschränkungen“ oder „Preissteigerungen“) kommt, die eine Leistungserbringung unzumutbar machen.

- (3) Die Partei, die sich auf das unabwendbare Ereignis oder höhere Gewalt beruft, unterrichtet darüber die andere Partei unverzüglich. Die Partei, die von einem Ereignis höherer Gewalt betroffen und an ihrer Leistung gehindert ist, wird alle erforderlichen, zumutbaren Anstrengungen unternehmen, die sich aus dem Ereignis höherer Gewalt ergebenden Erfüllungsverzögerungen zu minimieren sowie die Folgen der Ereignisse höherer Gewalt so gering wie möglich zu halten. Dies schließt jedoch keine Verpflichtung ein, zusätzliche Kosten zu tragen.
- (4) Sobald die Leistungshinderung durch das unabwendbare Ereignis bzw. die höhere Gewalt beendet wird, ist die Leistungserbringung unverzüglich wiederaufzunehmen.

§ 18

Compliance

- (1) Die Parteien verpflichten sich im Rahmen des Vertragsverhältnisses, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption, anderen strafbaren Handlungen sowie sonstigen schweren Verfehlungen zu ergreifen. Sie verpflichten sich insbesondere, in ihren Unternehmen alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, um schwere Verfehlungen im In- und Ausland zu vermeiden.
- (2) Schwere Verfehlungen sind, unabhängig von der Beteiligungsform der Täterschaft, Anstiftung oder Beihilfehandlung,
- schwerwiegende Straftaten, die im Geschäftsverkehr begangen worden sind. Hierzu zählen strafbare Handlungen, die insbesondere Betrug, Untreue, Urkundenfälschung o.ä. Delikte darstellen;
 - das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von unzulässigen Vorteilen an Beamte, Amtsträger, für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete oder Mandatsträger (Bestechung oder Vorteilsgewährung) oder an Vorstände, Geschäftsführer oder sonstige Beschäftigte der Vertragsparteien (Bestechung im geschäftlichen Verkehr);
 - das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von unzulässigen Vorteilen an freiberuflich Tätige, die im Auftrag der AG tätig sind, z.B. Planer, Berater und Projektsteuerer;
 - dass zu Zwecken des Wettbewerbs, aus Eigennutz, zugunsten eines Dritten oder in der Absicht, dem Inhaber des Geschäftsbetriebs Schaden zuzufügen, unbefugtes Verschaffen, Sichern, Verwerten oder Mitteilen von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, das zu Zwecken des Wettbewerbs oder aus Eigennutz unbefugte Verwerten oder Mitteilen im geschäftlichen Verkehr anvertrauter Vorlagen oder Vorschriften technischer Art sowie darüber hinaus die zu Zwecken des Wettbewerbs oder aus Eigennutz unbefugte Verwertung oder Weitergabe von im geschäftlichen Verkehr anvertrauten Vorlagen oder Vorschriften technischer Art und kaufmännischer Informationen der AG, auch auf Datenträgern;
 - Verstöße gegen Vorschriften, die dem Schutz des unbeschränkten Wettbewerbs dienen, insbesondere Verstöße gegen kartellrechtliche Kernbeschränkungen im Sinne von Art. 101 AEUV, § 1 GWB;

- Sonstige schwerwiegende Straftaten oder schwere Verfehlungen. Hierzu zählen strafbare Handlung, die insbesondere terroristische Straftaten, Beteiligungen an einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, Kinderarbeit und andere Form des Menschenhandels o.ä. Delikte darstellen.

Eine schwere Verfehlung im vorgenannten Sinne liegt auch vor, wenn Personen, die Beschäftigten oder Geschäftsführern der AG nahestehen, unzulässige Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt werden und wenn konkrete Planung- und Ausschreibungshilfen geleistet werden, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu unterlaufen.

- (3) Wird nachweislich eine schwere Verfehlung gem. § 18.2 durch einen Mitarbeiter oder Geschäftsführer des AN begangen, ist die AG zur außerordentlichen fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt.
- (4) Wird nachweislich eine schwere Verfehlung gem. § 18.2 durch einen Mitarbeiter oder Geschäftsführer des AN begangen, stellt der AN die AG auf deren erstes Anfordern von möglichen Ansprüchen Dritter frei. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des AN bleiben unberührt.
- (5) Der AN verpflichtet sich, bei der Abwehr von schweren Verfehlungen im Sinne der in § 18.2 genannten und der Aufklärung von Verdachtsfällen auf schwere Verfehlungen aktiv mitzuwirken und mit der AG im Rahmen des Vertragsverhältnisses zu kooperieren.
- (6) Erlangt der AN Kenntnis von Tatsachen, die den Verdacht auf eine schwere Verfehlung im Sinne der in § 18.2 genannten mit Auswirkungen auf die AG begründen, hat er dies der AG unverzüglich in Textform mitzuteilen und, sofern eine solche schwere Verfehlung in der Sphäre des AN liegen kann, den Sachverhalt umgehend aufzuklären. Bestätigt sich der Verdacht, ist der AN verpflichtet, geeignete konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen zu ergreifen, um die Verfehlung unverzüglich abzustellen und künftige Verfehlungen zu vermeiden. Der AN informiert die AG unverzüglich in Textform über Verlauf und Ergebnisse der Sachverhaltsaufklärung, sowie über die gegebenenfalls getroffenen Maßnahmen.